

Rede von Felix Thier, Fraktionsvorsitzender, zum Haushalt des Landkreises für das Jahr 2024, Kreistagsitzung am 26. Februar 2024

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Herr Vorsitzender, Frau Landrätin, sehr geehrte Damen und Herren,

der Prüfauftrag des Haushalts- und Finanzausschusses am 29.01., die Kreisumlage um 1,5 Prozent zu senken, wurde von Ihnen, Herr Ferdinand, im Haushalts- und Finanzausschusses am 19.02. abgelehnt.

Sie bescheinigen zwar den Zahlen und ihre finanzielle Herleitung zur Entwicklung der Rücklagen aus Überschüssen der Vorjahre und die Entwicklung des Gesamtergebnishaushalts ihre Richtigkeit – nur eben nicht in diesen besonderen Zeiten.

Dabei ist der Haushaltsausgleich mit Ersatzdeckungsmitteln – der Rücklage – eine haushaltsrechtlich saubere Angelegenheit und wurde in den Haushalten bisher so auch von Ihnen praktiziert.

Und noch eines gilt es dabei zu bedenken: die Rücklage resultiert doch wohl zumindest auch zu Teilen aus überzahlter Kreisumlage. Für das Haushaltsjahr 2023 war ein negatives ordentliches Ergebnis von -10.485.220 EUR geplant. Prognostiziert wird ein Überschuss im ordentlichen Ergebnis für 2023.

Das Ziel unseres gemeinsamen Antrages von BVB/Freie Wähler und meiner Fraktion ist ein spürbares Aufeinander zugehen zwischen Landkreis und kreisangehörigen Gemeinden und Städte. Denn die engen Spielräume und den großen Handlungsdruck haben doch nicht nur der Landkreis, sondern auch die Gemeinden und Städte!

Diesen Druck haben die Hauptverwaltungsbeamten im Haushalts- und Finanzausschuss konkret benannt und vorgetragen.

Das sind:

- Die Investitionen und Pflichtaufgaben (!), wie der Schul-, Kita- und Hortbau, sind beim Landkreis und bei den kreisangehörigen Kommunen gleichermaßen zu wichten, zu beachten und abzuwägen.
- Mit 41 Prozent Kreisumlage haben die Kommunen geplant. Das war im Kreis-Haushalt 2023 für 2024 auch so abgebildet. Mit 3 Prozent-Erhöhung würden von den 16 Kom-

munen des Landkreises nur noch sieben dauerhaft leistungsfähig sein - neun jedoch nicht mehr, so der Bürgermeister von Trebbin.

- Anders als der Landkreis können die Kommunen im Amt Dahme/Mark keine Fördermittel mehr nutzen, weil die Eigenanteile nicht mehr aufgebracht werden können. Investitionsvorhaben müssen von Jahr zu Jahr geschoben werden.
- Selbst potente Kommunen wie Ludwigfelde können diesem Druck nicht mehr standhalten. Die Stadt hat ein sattes Defizit im Haushalt und die Kommunalaufsicht des Landkreises muss den Kredit für den Bau der dritten Grundschule verwehren. Der Ludwigfelder Bürgermeister appellierte am 19.02. an die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses: „Jeder Prozentpunkt weniger an Kreisumlage hilft uns!“ In der Presse war zu lesen, 1,5 Prozent geringere Kreisumlage würde 750.000 EUR in der Stadtkasse von Ludwigfelde belassen.

Und wie war das Presseecho von der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses was den Landkreis betrifft - und genauso haben wir es auch empfunden:

- Der Kämmerer schaltet auf stur.
- Er kann keine Zugeständnisse machen, er braucht „Cash“ und besteht auf 43 Prozent.
- Er droht mit den Schulprojekten, die auf der Kippe stünden und einer möglicherweise in Frage stehenden Kreditgenehmigung durch das Ministerium für Inneres und Kommunales. Auf die Frage, ob der Haushalt denn schon mal mit dem Ministerium besprochen wurde – Antwort: Ja, man habe telefoniert und solle alles erst einmal nach Potsdam hingeben.
- Zu guter Letzt, so die Presse, zog Kreis-Kämmerer Johannes Ferdinand ein spezielles Fazit: „Mein Ruf als Liebling des Kreistages bin ich wohl los.“

Ich wusste gar nicht, verehrter Herr Ferdinand, dass der Kreistag diesen Titel verliehen hatte. Aber das kann auch daran liegen, dass ich die Frauen der Verwaltungsleitung einfach besser finde. Denn das sind die, die nicht überängstlich zurückweichen „vor dem großen MIK“ und Entscheidungen lieber aus dem Weg gehen.

Und da stimmen mir sicherlich die anwesenden Herren zu: Hasenfüße sind die Frauen in Teltow-Fläming definitiv nicht! Aber ein Urteil über das Frauenbild von so manchem Anwesenden können andere sicher besser fällen.

Herr Ferdinand, ich erinnere mich an Ihr Argument, wir bekämen den Kredit nicht genehmigt, wenn wir keinen Überschuss ausweisen. Und nun sind in den Dokumenten auch noch zusätzliche Erträge für die Erhöhung auf 5,2 Mio. EUR vorgesehen. Das überzeugt nicht - auch mit dem Hinweis auf Ludwigfelde, die ein sattes Defizit haben und für zwei Grundschulen Kredit aufnehmen müssen.

Hier geht es um Pflichtaufgaben in Zeiten knapper Kassen. Und da ist die reine Lehre ja wohl schwer anzuwenden.

Die Kommunen machen es vor, wie aus Trebbin zu lesen war, und verschieben beispielsweise Projekte, wie die Rathaussanierung. Das doch aber nicht aus Jux und Dallerei. Nein, sondern weil die Finanzdecke nicht reicht.

Deshalb müssen Prioritäten verabredet werden nach Dringlichkeit. Eine solche Liste fehlt heute.

Diese Erwartungen aber können die Gemeinden und Städte zu recht an den Landkreis haben. Sie wollen gehört und ernst genommen werden. Sie verstehen die Zwänge des Landkreises. Aber auch ihre sind mindestens genauso groß.

Wenn mit keinem Schritt auf die Kommunen zugegangen wird, weiß ich nicht, wo die Bereitschaft zur Rücknahme der Widersprüche zur Kreisumlage herkommen soll.

Nun liegt seit heute ein weiterer Antrag zur Senkung der Kreisumlage vor – nun auf 41 Prozent. Und ich möchte für meine Fraktion dieser Größenordnung – also ein halber Prozentpunkt mehr Senkung als in unserem eigenen Antrag – unbedingt Fürsprechen. Schließlich wäre es die in der Mittelfristplanung vereinbarte Größenordnung für 2024.

Halbwertzeiten von politischen Entscheidungen gibt es schon zuhauf auf Bundes- und Landesebene. Davon sollten wir uns im kommunalen Miteinander hier unten deutlich abheben.

Unsere Kritik zum Antrag für die 41 Prozent Kreisumlage finden aber Ihre geplanten Deckungsmittel – die Personalkosten.

Wie im Vorbericht des Haushaltsplanes steht, lastet bereits ein Konsolidierungsdruck auf die Personalkosten von 18 Millionen EUR. Damit verbunden ist bereits, dass, wie in der Power-Point-Präsentation im Kreisausschuss dargestellt wurde, offene Stellen-Aufwendungen gar nicht in die Personalaufwendungen eingeflossen sind.

Was ist das also für ein Signal an die rund 1.000 Mitarbeiter*innen hier im Haus?

Sorge um die Gehälter und die ihnen zustehenden planmäßigen Höherstufungen und Beförderungen im öffentlichen Dienst in der Kreisverwaltung?

Und das trotz großer Anstrengungen der Mitarbeiter*innen heute und in den letzten Jahren – wo gefühlt eine Krise die nächste jagt? Corona, Waldbrände, Ukraine-Krieg und Unterbringung von Geflüchteten.

Was Ihre Sachverhaltsbegründung dazu darstellt, da scheint ja die Zeit bei Ihnen von 2015 bis heute stillzustehen. 770 Stellen damals zu heute 1.090.

Es sind Gesetze für die Kreisebene beschlossen worden. Da fallen mir auf Anhieb Elterngeld und Wohngeld ein – die für zusätzlichen Personalbedarf sorgen.

Schaut man auf die Zahlen, die in der Vorlage zur Herangehensweise der Stellenplanung stehen, stehen wir im Vergleich mit Dahme-Spreewald, was die VZE-Stellen betrifft, gleichauf – bei jeweils um die 178.000 Einwohner*innen.

Deshalb unterstützt meine Fraktion die Empfehlung der Verwaltung, der ich im Übrigen danke, dass wir aus der gemeinsamen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am letzten Montag die gleichen Schlussfolgerungen gezogen haben: Nur, wenn wir auf die Gemeinden und Städte zugehen, werden wir Bereitschaft zur Rücknahme der Widersprüche bewirken können.

Sehr geehrte Damen und Herren,
abschließend ist es mir wichtig, nicht nur wie alle in den Reigen des Lobes für den Kämmerer bzw. die Kämmerei einzusteigen.

Meine Fraktion dankt für die Vorbereitung der gesamten Verwaltung für eine sachliche Diskussion in allen Fachausschüssen.

Ich wünsche uns heute eine weise Entscheidung für unsere kommunale Familie.